

Aktionstag gegen Militärmachthaber in Myanmar

Euro-News_24 oktober 2007

In verschiedenen Städten der Welt sind Menschen gegen das Militärregime in Birma, dem heutigen Myanmar, und für die seit 12 Jahren unter Hausarrest stehende Oppositionspolitikerin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi auf die Strasse gegangen.

In London demonstrierten hunderte von Menschen vor der chinesischen Botschaft gegen die Unterstützung der Militärmachthaber durch Peking. In Paris verlangten Demonstranten vor dem Firmensitz des Ölkonzerns Total den Rückzug des Unternehmens aus Birma. "Die Präsenz von Total in Birma stabilisiert das Militärregime", sagte ein Sprecher einer Menschenrechtsorganisation. Auch vor der chinesischen Botschaft in Bangkok demonstrierten Menschen für die Freilassung oppositioneller Gefangener und ein Ende des Hausarrests für Aung San Suu Kyi.

Friedensnobelpreisträgerinnen fordern mehr Druck auf Birma-Junta

Reuters_24 oktober 2007

Sechs Friedensnobelpreisträgerinnen haben die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, den Druck auf die Militärregierung in Birma zu erhöhen. Dem Regime Birmas dürfe es nicht erlaubt sein, weiterhin die Menschenrechte auf so grausame Weise zu verletzen, hieß es in einem offenen Brief der Frauen, der in der Mittwochausgabe der britischen Zeitung "Guardian" veröffentlicht wurde. Im Hausarrest für Aung San Suu Kyi offenbare sich die Brutalität des Regimes am deutlichsten. "Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs", betonten die Nobelpreisträgerinnen. Die Vereinten Nationen müssten ihrem Mandat gerecht werden und sich verstärkt und entschlossen für die Freilassung von Suu Kyi und anderen politischen Häftlinge einsetzen. "Vor 62 Jahren wurden die UN gegründet, um die Regierungen der Welt in die Lage zu versetzen, auf solch schwerwiegende Krisen zu antworten."

Der Brief war unterzeichnet von Jody Williams, Shirin Ebadi, Wangari Maathai, Rigoberta Menchu Tum, Betty Williams und Mairead Corrigan Maguirem. Neben Suu Kyi sind sie die einzigen noch lebenden Frauen, die mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurden. Insgesamt haben zwölf Frauen die Auszeichnung in der 100-jährigen Geschichte des Preises erhalten. Die Verfasserinnen des Briefes verurteilten die Niederschlagung der Demonstrationen im Namen der Demokratiebewegung scharf. Sie sprachen von einem böartigen Vorgehen des Regimes. Bei den Massendemonstrationen hatten buddhistische Mönche und Oppositionelle gegen die Militärregierung protestiert. Beim Einschreiten des Militärs kamen mehrere Menschen ums Leben, tausende wurden festgenommen.

Australien verschärft Birma-Sanktionen

Financial Times Deutschland_24 Oktober 2007

Nach der Niederschlagung von Massenprotesten in Birma hat Australien am Mittwoch seine Sanktionen gegen die herrschende Militärjunta verschärft. Außenminister Alexander Downer kündigte finanzielle Strafmaßnahmen gegen insgesamt 418 Personen an, darunter Junta-Chef Than Shwe.

Hier klicken!

Ohne Bewilligung der Zentralbank seien ihnen künftig Geldgeschäfte in Australien untersagt. «Dies sind die schärfsten finanziellen Maßnahmen, die nach australischem Recht gegenüber Ländern oder Einzelpersonen möglich sind, die keinen Sanktionen des UN-Sicherheitsrates unterliegen», sagte Downer.

Vor dem chinesischen Konsulat in Sydney begannen unterdessen zehn birmanische Flüchtlinge einen zweitägigen Hungerstreik. Sie fordern, dass Peking Druck auf das Militärregime in Birma ausüben solle. China ist mit dem Nachbarland Birma politisch und wirtschaftlich eng verbunden. Mit dem Protest wollten sie an den mittlerweile zwölf Jahre währenden Hausarrest der birmanischen Oppositionsführerin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi erinnern. In London demonstrierten am Mittwoch hunderte von Menschen vor der chinesischen Botschaft. In Paris verlangten etwa 40 Demonstranten vor dem Firmensitz des Ölkonzerns Total den Rückzug des Unternehmens aus Birma. «Die Präsenz von Total in Birma stabilisiert das Militärregime», sagte ein Sprecher der Menschenrechtsorganisation FIDH. Ähnliche Aktionen waren auch anderswo angekündigt.

Bei einem Treffen mit dem UN-Sondergesandten Ibrahim Gambari in Peking lobte die chinesische Regierung dessen Vermittlung im innenpolitischen Konflikt in Birma. Die chinesische Regierung stehe voll hinter der Arbeit Gambaris, sagte der Abteilungsleiter im Außenministerium, He Yafei. Der Besuch Gambaris in Peking ist Teil seiner Konsultationen in sechs asiatischen Ländern zur Bewältigung des Konflikts.